

C. Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

Antrag-Nr.: C3

Antragsteller/in: Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Titel: Aufwertung frauentypischer Berufe

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Deutsche Frauenrat nimmt eine Positionsbestimmung zur Stärkung der so genannten typischen Frauenberufe vor.

Annahme

Das Ansehen der Berufe, die tradiert zu den so genannten Frauenberufen zählen, muss eine gesellschaftliche Aufwertung und finanzielle (wirtschaftliche) Anerkennung erfahren. Damit verbunden sind Forderungen nach:

1. Gesellschaftlicher Aufwertung von Frauenberufen im Gesundheits- und Sozialwesen, fairen Arbeitsbedingungen, einer ökonomischen, monetären und sozialen Integration von Frauen in der Gesellschaft.
2. Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze für vollzeiterwerbstätige Frauen.
3. Förderung der beruflichen Karrieren und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauenberufen.
4. Stärkung der Binnenwirtschaft durch Dienstleistungen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Auch atypische Erwerbsformen müssen zu Beschäftigungsstabilität und Einkommenssicherheit führen und Frauen eine gleichwertige Teilnahme am Berufsleben ermöglichen.
5. Steuerliche und sozialversicherungsbezogene Nachteile für Frauen sind zu verhindern, z. B. durch Reglementierung oder Abschaffung von Minijobs (Stundenzahl verbindlich festlegen, Anzahl der Minijobs in einem Betrieb begrenzen).

Begründung:

Demografische und ökonomische Entwicklungen auf der einen Seite sowie veränderte weibliche Lebensentwürfe auf der anderen Seite lassen der Berufswahl junger Frauen und Mädchen eine besondere Bedeutung zukommen. Frauen von heute tendieren eher weg vom traditionellen familienbezogenen Lebenslauf hin zur Selbstständigkeit und Existenzsicherung. Gleichzeitig verfügen sie über eine Vielfältigkeit von Ressourcen und natürlichen Fähigkeiten (wie Fingerfertigkeit oder die Sensibilität im Um-

gang mit Menschen), die bisher nicht in tarifliche Bewertungssysteme einfließen. Hinzu kommt, dass Frauen - definiert über ihre gesellschaftliche Rolle — ihre eigenen Bedürfnisse häufig zurückstellen.

Diese Tatsachen erweisen sich in der Entwicklung der Berufstätigkeit und der Bewertung von professioneller Kompetenz als ein Problem, das sich vor allem in niedrig bezahlten Frauenberufen widerspiegelt.

Diese Lösung dieses Problems kann nicht allein in der Förderung der Abwanderung in so genannte Männerberufe erfolgen. Das Aufbrechen von tradierten Rollenmustern auch in der Berufswahl und der Ausübung von beruflichen Tätigkeiten in allen Berufs- und Karrierefeldern ist sicher dringend notwendig, um frauenspezifische Lösungsansätze sichtbar und möglich zu machen. Es ist aber nicht ausreichend.

Um eine gerechte Bewertung z. B. von Sozial gegenüber Fertigungsberufen zu erzielen, müssen diese in einer humanistischen Gesellschaft auch öffentlich wahrgenommen werden. Hier sind Politik und Medien gefordert.

Auch Familienaufgaben wie Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen dürfen die berufliche Weiterentwicklung nicht hemmen oder zerstören. Die Sozialkompetenz und das Erfahrungswissen von Frauen muss für die berufliche Karriere Anerkennung finden. Eine Entscheidung zwischen Kindern und Beruf kann sich Deutschland nicht mehr leisten.

Deshalb ist es dringend erforderlich, die Durchstiegsmöglichkeiten innerhalb aller Bildungsangebote in Deutschland zu verbessern. Speziell für die Gesundheitsfachberufe heißt das beispielsweise, dass die Berufsbilder transparent gestaltet und bei gleichen Leistungsprofilen gegenseitig anerkannt werden müssen. Das bringt bei zunehmender Personalknappheit nicht nur eine — wie von beiden Sachverständigen gutachten im Gesundheitswesen geforderte — effiziente Ressourcennutzung, sondern ermöglicht Frauen auch eine individuelle ihrer zeitlichen Lebenssituation angepasste Berufsarchitektur. Zudem würden damit bildungspolitische Chancen zur Weiterentwicklung in den Gesundheitsfachberufen geschaffen.

Durch die Wirtschaftskrise geraten (berufliche) Tätigkeiten und Qualifikationen zunehmend unter den Druck wirtschaftlicher Rationalisierungsstrategien.

Immer mehr gesetzliche Einflussnahmen und bildungspolitische Vernachlässigungen wie verkürzte Ausbildungszeiten, angesiedelt im Niedriglohnsektor, prägen gegenwärtig die personenbezogenen Dienstleistungsberufe. Zur Ankurbelung der Wirtschaft sind aber qualifizierte und spezialisierte Gesundheitsdienstleistungen notwendig.

Die sozialen und personenzentrierten Dienstleis-

tungsberufe werden immer noch als „Helfer- oder Assistenzberufe“ betrachtet und damit gesellschaftlich diskriminiert. Man spricht häufig bei Frauenberufen von einem Beschäftigungspotenzial einfacher, personenbezogener Dienste und findet einen großen Teil in „Minijobs“ angesiedelt. Damit erfolgt die Wertschöpfung und Erbringung von gesellschaftlich verpflichtenden Tätigkeiten (Erziehung, Pflege, Betreuung und Behandlung von Patienten...) von Frauen, die selbst keinen Schutz genießen. Das impliziert, dass Frauenarbeit keinen volkswirtschaftlichen Wert besitzt.

Wenn die Lösung für dieses Problem darin liegt, dass mehr Männer in Frauenberufe einsteigen, hieße das gleichzeitig, Frauenarbeit ist erst dann etwas wert, wenn sie von Männern erbracht wird. Zudem führt eine prinzipiell wünschenswerte Aufweichung der geschlechtsspezifischen Besetzung dazu, dass der Anteil der Männer im Bereich der Leitungskräfte überproportional hoch wird. In der Altenpflege ist diese Tendenz einer umgekehrten geschlechtsspezifischen Hierarchisierung innerhalb eines frauenspezifischen Berufsfeldes bereits erkennbar. Unsere Gesellschaft profitiert generell ganz ungenügend von den von Frauen erbrachten Leistungen (niedrige Entlohnung, hoher Anteil an Sorgearbeit und Arbeit im Ehrenamt). Lebensunterhalt und Rente werden aber ausschließlich an der Erwerbsarbeit gemessen. Die Kosten für billige Arbeit tragen Frauen und die Allgemeinheit.

Eine Neuorganisation und Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit für Männer und Frauen ist deshalb gleichermaßen notwendig. Das gilt auch für die Abschaffung bzw. strenge Reglementierung der Minijobs:

Frauen die z. B. in Minijobs oder prekären Arbeitsverhältnissen (Niedriglohnsektor) arbeiten, die zudem durch kinder- und/oder pflegebedingte Erwerbsunterbrechungsphasen gebeutelt sind, schreiten stehenden Fußes in die Altersarmut. Sie sind dann sowohl in Zeiten ihrer Erwerbstätigkeit als auch im Ruhestand auf Transferleistungen angewiesen. Es kann nicht sein, dass Frauen, die Karriere und eine eigenständige Lebensführung als ihr Lebensziel sehen, in Berufe gehen müssen, die durch Männer geprägt und besetzt sind, um ausreichend Geld zu verdienen und Anerkennung zu finden. Auch im Bereich der Humandienstleistung müssen qualifizierte und professionelle Fachkräfte adäquat bezahlt werden.

Minijobs verdrängen einerseits attraktive Teilzeitarbeitsplätze, und andererseits verhindern sie einen (Wieder-)Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt. Minijobs sorgen für Ausfälle in den Sozialkassen. Minijobberinnen bereinigen zwar die Arbeitslosenstatistik, allerdings erhalten die Betroffenen dadurch keine Chance, ein eigenfinanziertes

Leben zu gestalten und sind auf Transferleistungen des Staates angewiesen.

Wenn sie auf Transferleistungen verzichten, dann brauchen sie immer mehr Zweit oder Dritttjobs. Zudem bleibt die berufliche Weiterentwicklung wegen der Finanzierung und sehr oft auch aus Zeitmangel auf der Strecke.

Wollen Frauen, insbesondere allein erziehende Frauen, die in typischen Frauenberufen tätig sind, das Konfliktfeld zwischen Beruf und Familie entspannen, muss u. a. Kinderbetreuung oder auch Pflegebetreuung so ermöglicht werden, dass sie ohne Druck einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Eine Erhöhung der Arbeitsplätze von (voll-) erwerbstätigen Frauen, bringt automatisch Wachstum und trägt dazu bei, dass trotz des zu erwartenden Fachkräftemangels auch in Zukunft eine immer älter werdende Gesellschaft medizinisch und sozial gut betreut sein kann.

Die politische Aufgabe sollte es sein, den Regelungsrahmen so zu setzen, dass sich die vielfältigen Veränderungen produktiv ergänzen, die gesellschaftliche Wohlfahrt so zu mehren, dass möglichst Wenige (Frauen) auf der Verliererseite stehen. Für Frauen muss Erwerbstätigkeit eine Aufwertung erfahren, es darf keine Entscheidung gegen Kinder und Familie werden.

Frauenarbeit ist Mehrwert — auch für unsere Gesellschaft.